

## **BVIB-Umfrage: Sprachkursträger warnen vor massiven Einschnitten und strukturellen Schäden**

Vor dem Hintergrund aktueller Kürzungen und struktureller Veränderungen im Bereich der Integrations- und Sprachkurse hat der BVIB e.V. eine bundesweite Umfrage unter seinen Mitgliedern durchgeführt, um die konkreten Auswirkungen auf die Träger sichtbar zu machen und eine fundierte Einschätzung der Lage zu gewinnen. Insgesamt haben sich 91 Sprachkursträger aus ganz Deutschland an der Erhebung beteiligt.

Die Ergebnisse zeichnen ein klares und in vielen Punkten alarmierendes Bild der aktuellen Situation im Bereich der Sprachförderung und Integrationsarbeit. Die teilnehmenden Träger sind über das gesamte Bundesgebiet verteilt, mit Schwerpunkten insbesondere in Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg. Die Mehrheit der Befragten besteht aus privatwirtschaftlich organisierten Trägern (57 %), gefolgt von gemeinnützigen Organisationen (40 %) und einem kleinen Anteil kommunaler Einrichtungen. Hinsichtlich der Größe zeigt sich eine breit aufgestellte Trägerlandschaft mit überwiegend kleinen und mittleren Einrichtungen, die zwischen 6 und 50 Mitarbeitende beschäftigen.

Auch bei den eingesetzten Lehrkräften wird deutlich, dass es sich um eine tragende Infrastruktur handelt: Mehr als die Hälfte der Träger beschäftigt zwischen 5 und 20 Lehrkräfte, ein weiterer signifikanter Anteil zwischen 20 und 50 Lehrkräfte. Diese Zahlen verdeutlichen, dass Sprachkursträger nicht nur Bildungsanbieter, sondern zugleich relevante Arbeitgeber und Stabilitätsanker im Integrationssystem sind.

Die Auswirkungen des aktuellen Zulassungsstopps und der politischen Rahmenbedingungen werden von den Trägern als massiv und unmittelbar existenzgefährdend beschrieben. Besonders häufig genannt werden Verschiebungen und Ausfälle von Kursen sowie erhebliche Einnahmeverluste. Gleichzeitig berichten viele Träger von Kündigungen, auslaufenden Verträgen und dem Verlust von Lehrkräften. Dass lediglich eine verschwindend geringe Zahl der Befragten keine Auswirkungen wahrnimmt, unterstreicht die flächendeckende Brisanz der Situation.

Die wirtschaftlichen Folgen sind gravierend: Ein Großteil der Träger erwartet für das Jahr 2026 erhebliche finanzielle Einbußen im Bereich von 10 % bis 50 %, teilweise auch darüber hinaus. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass viele Einrichtungen ihre Existenz akut oder zumindest mittelfristig gefährdet sehen. Rund 43 % der Befragten gehen von einer mittelfristigen Existenzgefährdung aus, während ein weiterer signifikanter Anteil die Lage derzeit noch nicht abschließend einschätzen kann – ein Ausdruck der allgegenwärtigen Unsicherheit.

Die Auswirkungen auf die Lehrkräfte sind bereits deutlich sichtbar und werden sich weiter verschärfen. Reduzierte Stundenumfänge, Honorarausfälle und wachsende Unsicherheit prägen die Situation. Gleichzeitig berichten zahlreiche Träger von einer zunehmenden Abwanderung qualifizierter Lehrkräfte in andere Branchen – ein Prozess, der das System langfristig nachhaltig schwächt. Die Antworten auf die Frage, ob bereits Lehrkräfte verloren gegangen sind, verteilen sich nahezu gleich – ein Drittel bestätigt dies bereits, ein weiteres Drittel rechnet zeitnah damit. Dies verdeutlicht, dass sich die Entwicklung nicht nur ankündigt, sondern bereits in vollem Gange ist.

Die aktuelle Steuerung der Sprachförderung wird von den Trägern entsprechend kritisch bewertet. Mit einer durchschnittlichen Bewertung von 4,19 auf einer Skala von 1 (sehr gut) bis 5 (sehr schlecht) wird die bestehende Praxis als deutlich unzureichend eingeschätzt. Besonders deutlich fällt die Ablehnung des Ausbaus von Erstorientierungskursen (EOK) als vermeintlicher Ersatz aus: Eine überwältigende Mehrheit der Befragten hält dieses Instrument für ungeeignet, um die bestehenden Angebote zu ersetzen oder auch nur ansatzweise zu kompensieren.

In den offenen Antworten zu den größten Risiken verdichtet sich das Bild einer strukturellen Krise, die weit über kurzfristige finanzielle Engpässe hinausgeht. Zentral genannt werden fehlende Planungssicherheit, massive Einnahmeausfälle sowie die konkrete Gefahr von Standortschließungen und Insolvenzen. Zahlreiche Träger berichten, dass langfristige Verpflichtungen – etwa Mietverträge oder Personalstrukturen – nicht mehr mit kurzfristig veränderten Förderbedingungen vereinbar sind.

Besonders kritisch wird die drohende Zerschlagung gewachsener Strukturen bewertet. Viele Träger weisen darauf hin, dass funktionierende Netzwerke, qualifiziertes Personal und regionale Angebotsstrukturen, die über Jahre aufgebaut wurden, derzeit akut gefährdet sind. Einmal zerstört, lassen sich diese Strukturen nicht kurzfristig wiederherstellen. Die Konsequenzen würden zeitverzögert, aber umso gravierender sichtbar werden.

Die Befragten machen zudem deutlich, dass die Auswirkungen weit über die Trägerlandschaft hinausreichen. Ohne verlässliche Sprachförderung drohen Integrationsprozesse zu scheitern oder erheblich verzögert zu werden. Dies hat direkte Folgen für den Arbeitsmarkt, die Fachkräftesicherung und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wiederholt wird darauf hingewiesen, dass fehlende Sprachkompetenz den Zugang zu qualifizierter Beschäftigung verhindert und vorhandenes Potenzial ungenutzt bleibt.

Ein weiterer zentraler Kritikpunkt betrifft die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Seit Jahren steigende Kosten – etwa für Mieten, Energie, Personal und Infrastruktur – stehen

stagnierenden Kostenerstattungssätzen gegenüber. Viele Träger sehen sich dadurch strukturell unterfinanziert und nicht mehr in der Lage, ihre Angebote wirtschaftlich tragfähig aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig wird eine zunehmende Bürokratisierung sowie mangelnde Transparenz in Entscheidungsprozessen kritisiert, was die Situation zusätzlich verschärft.

Vor diesem Hintergrund formulieren die Träger klare Erwartungen an Politik und Verbände. Besonders häufig genannt werden eine stärkere politische Interessenvertretung, direkte Gespräche mit Ministerien sowie eine intensiviertere Öffentlichkeitsarbeit. Darüber hinaus besteht ein erheblicher Bedarf an rechtlicher, wirtschaftlicher und strategischer Unterstützung sowie an verstärkter Vernetzung innerhalb der Trägerlandschaft.

***Zusammenfassend zeigt die Umfrage unmissverständlich, dass sich die Sprachkurs-träger in Deutschland in einer tiefgreifenden Krise befinden. Die aktuellen politischen und finanziellen Rahmenbedingungen gefährden nicht nur einzelne Einrichtungen, sondern drohen, die gesamte Integrationsinfrastruktur nachhaltig zu beschädigen. Neben akuten wirtschaftlichen Risiken werden langfristige strukturelle Schäden erwartet, deren Folgen weit über den Bildungsbereich hinausreichen. Die Ergebnisse machen deutlich, dass dringender politischer Handlungsbedarf besteht, um die bestehenden Strukturen zu sichern und die Integrationsarbeit in Deutschland nicht dauerhaft zu gefährden.***

### **Forderungen und Handlungsbedarf**

Vor dem Hintergrund der vorliegenden Ergebnisse fordert der BVIB e.V. ein sofortiges politisches Umsteuern. Die aktuelle Entwicklung gefährdet nicht nur die wirtschaftliche Existenz zahlreicher Sprachkursträger, sondern untergräbt zugleich die Integrationsfähigkeit Deutschlands insgesamt.

Zentral ist die Wiederherstellung verlässlicher und planbarer Rahmenbedingungen für die Träger. Dazu gehören insbesondere die Aufhebung bzw. Überprüfung bestehender Zulassungsbeschränkungen, eine bedarfsgerechte und auskömmliche Finanzierung der Sprachförderung sowie eine Anpassung der Kostenerstattungssätze an die real gestiegenen Kosten. Ohne diese Maßnahmen droht ein weiterer Abbau von Kursangeboten, Personal und Infrastruktur.

Darüber hinaus braucht es mehr Transparenz und Dialog in politischen Entscheidungsprozessen. Die Träger vor Ort verfügen über umfassende Erfahrung und Expertise, die

systematisch in die Weiterentwicklung der Programme einbezogen werden muss. Kurzfristige und nicht nachvollziehbare Entscheidungen führen hingegen zu Unsicherheit, Fehlplanungen und letztlich zu strukturellen Schäden.

Ebenso dringend erforderlich ist eine klare strategische Ausrichtung der Sprachförderung, die den tatsächlichen Bedarfen von Teilnehmenden und Arbeitsmarkt gerecht wird. Ersatzformate, die weder in Umfang noch Qualität die bestehenden Angebote abbilden können, sind nicht geeignet, die bestehenden Strukturen zu ersetzen.

Die Ergebnisse der Umfrage machen deutlich: Es besteht akuter Handlungsbedarf. Ohne ein zeitnahes Gegensteuern droht ein nachhaltiger Verlust von qualifizierten Lehrkräften, funktionierenden Trägerstrukturen und bewährten Integrationsangeboten. Die Folgen wären nicht kurzfristig reversibel und würden die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands langfristig belasten.

Der BVIB e.V. steht bereit, diesen Prozess konstruktiv zu begleiten – erwartet jedoch zugleich, dass die Dringlichkeit der Situation politisch anerkannt und entsprechend gehandelt wird.

 

**Bundesverband der Integrations- und  
Berufssprachkurse (BVIB e.V.) -  
Geschäftsführung Jeannette Langner**